

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.04.2023

Inhalt

EWN

1 Kritik an LNG-Widerstand auf Rügen <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 04.04.2023</i>	3
2 Fehlende Konstanz bei der Endlager-Gesellschaft <i>Braunschweiger Zeitung, 04.04.2023</i>	4

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 04.04.2023 | S. 04-SEITE 4

📄 Auflage: 17.737 | Reichweite: 47.760

👤 Tobias Schmidt

Kritik an LNG-Widerstand auf Rügen

Landkreistagspräsident Reinhard Sager findet den Protest unangemessen. Die Nordseeküsten leisteten schon viel mehr zur Energieversorgung, der Osten dürfe sich nicht wegducken.

Der Aufruhr auf Rügen gegen die LNG-Pläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat schon Wirkung gezeigt: Der Haushaltsausschuss des Bundestages stoppte vorerst die Mittel für das geplante Terminal vor dem Strand der Ostseeinsel. Doch der Protest von Anwohnern und Gemeinden provoziert auch Kritik. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, warnte die Rügenger vor einer Verweigerungshaltung, wenn es darum geht, die Energieversorgung sicherzustellen.

„An den Nordseeküsten sind mehr Belastungen durch LNG-Infrastruktur entstanden als an der Ostsee“, sagte Sager im Gespräch mit unserer Redaktion. In Lubmin südlich von Rügen sei man bis zum Ukraine-Krieg „den russischen Super-Gaspipelines gegenüber sehr positiv eingestellt“. Deswegen, so die unmissverständliche Ansage Sagers, sollte die Region „auch aus Gerechtigkeitsgründen einen Beitrag zur Energieversorgung mit LNG leisten“.

Sager war bis Ende Februar viele Jahre Landrat von Ostholstein. Er sagt: „Von Rügen aus die Nutzung des Terminals in Lubmin zu blockieren, hielt ich mit Blick auf die Beiträge der Nordseegebiete nicht für angemessen.“

Wirtschaftsminister Habeck hat seine ursprünglichen Pläne wegen des massiven Protests schon eingedampft. Ursprünglich sollte nur fünf Kilometer vor dem Seebad Sellin an der Ostküste Rügens ein schwimmendes Flüssiggasterminal errichtet werden,

von dem aus auch das am südlichen Festland gelegene LNG-Terminal Lubmin versorgt werden sollte. Nun sollen die Anlagen offenbar weiter raus aufs Meer.

Wie es genau weitergeht, ist derzeit offen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hatte die für die LNG-Infrastruktur auf Rügen benötigten Mittel vorerst nicht freigegeben. Die Inselgemeinden im Südosten lehnen auch alternative Standorte ab. Die Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ hat für Ostersonnabend eine Menschenkette am Oststrand der Insel angekündigt, um gegen das Terminal zu protestieren.

Rückendeckung dafür kommt von der Unionsfraktion im Bundestag. „Offensichtlich sieht die Bundesregierung keinen Widerspruch zwischen der Errichtung eines LNG-Terminals und dem Naturschutz mitten im wichtigsten Tourismusstandort Mecklenburg-Vorpommerns“, sagte die tourismuspolitische Sprecherin der Fraktion, Anja Karliczek (CDU), im Gespräch mit unserer Redaktion. „Dies ist umso schlimmer, da der Tourismus für die Insel Rügen und die gesamte Region von erheblicher wirtschaftlicher und identitätsstiftender Bedeutung ist.“ Zwar stelle die Unionsfraktion die Notwendigkeit des Baus von LNG-Terminals nicht grundsätzlich in Frage. „Aber die fehlende Kommunikation und die Standortwahl lassen die Akzeptanz für das Projekt erheblich schwinden“, monierte Karliczek mit Blick auf das Zögern von Bund und Landesregierung, die Kommunen einzubeziehen: „So geht man nicht mit den Ängsten und Befürchtungen der Betroffenen vor Ort um.“

 Braunschweiger Zeitung | 04.04.2023 | S. 9

 Auflage: 28.761 | Reichweite: 93.464

 Andre Dolle

Fehlende Konstanz bei der Endlager-Gesellschaft

Stefan Studt wird die BGE in Peine wohl verlassen, Steffen Kanitz auf jeden Fall. Was das für die Endlager-Suche bedeutet

Peine. Bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine herrscht derzeit große Unruhe. Geschäftsführer Steffen Kanitz geht, Stefan Studt, der Vorsitzende der Geschäftsführung, wohl auch. Kanitz geht freiwillig und wechselt zum Energiekonzern RWE. Er wird ab Juni den Rückbau der RWE-Kernkraftwerke managen – unter anderem auch im niedersächsischen Lingen. Studts Vertrag wird wahrscheinlich nicht verlängert. Er soll durch eine Frau ersetzt werden – so der Plan.

Gleich zwei der drei BGE-Geschäftsführer verlassen die Bundesgesellschaft in den nächsten Monaten also. Studts Vertrag läuft bis zum Herbst. Lediglich Thomas Lautsch bleibt. Allerdings ist auch er schon 62 Jahre alt – Studt wird im Sommer 62 Jahre. Studt und Kanitz sind seit fast fünf Jahren bei der BGE. Die Vorgängerin und BGE-Gründungsgeschäftsführerin Ursula Heinen-Esser blieb nur zwei Jahre.

Konstanz ist das nicht. Das sagt Heike Wiegel vom Verein Aufpassen. „Kaum einer übernimmt Verantwortung. Und dann kommt auch schon der oder die nächste“, sagte sie. Wiegel zählt zu den Aktivisten, die sich beim Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel einsetzen – und gegen das geplante Zwischenlager dort stemmen.

Die BGE mit ihren 2200 Mitarbeitern ist für die Asse zuständig – außerdem für das geplante Endlager für schwachradioaktiven Müll, Schacht Konrad in Salzgitter, das alte DDR-Endlager Morsleben im heutigen Sachsen-Anhalt und für die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll. Hier mussten die BGE-Chefs im vergangenen Herbst einräumen, dass die Suche deutlich länger dauert – statt 2031 ist frühestens 2046 mit einem Standort zu rechnen. Es gäbe also einiges zu tun.

Wie unsere Zeitung erfuhr, laufen parallel zwei Findungsverfahren, um die BGE-Chefs Studt und Kanitz zu ersetzen. Wann die Nachfolger gefunden sein wer-

den, steht noch nicht fest.

Wiegel vom Verein Aufpassen sagte: „Wir hatten bei Kanitz gehofft, einen Jüngerer gefunden zu haben, der länger bleibt.“ Er war zwischenzeitlich für die Asse zuständig.

Wiegel wünscht sich Leute, die „etwas bewegen, fair mit den Menschen vor Ort umgehen“. Ob Mann oder Frau spiele für die Studt-Nachfolge dabei keine Rolle. Es brauche „Konstanz, Ehrlichkeit, Offenheit und vor allem Kompetenz“.

Studt (SPD) war vor seiner Zeit bei der BGE Landesinnenminister in Schleswig-Holstein, hatte bis dahin nichts mit Endlagern zu tun gehabt. Der Dortmunder Kanitz (CDU) war Bundestagsabgeordneter und Mitglied in der Endlagerkommission.

Der Wolfenbütteler Bundestagsabgeordnete Victor Perli (Linke) sagte auf Anfrage: „Es war ein großer Fehler, dass die Große Koalition zwei Posten mit Parteivertretern besetzt hatte. Genau die beiden gehen jetzt. Bei den jetzt genannten Qualifikationsanforderungen hätten sie die Stelle nie bekommen.“ Bei den Qualitäten verweist Perli auf eine Stellenausschreibung der BGE, die unserer Zeitung vorliegt. Demnach sucht die BGE jetzt keinen Politiker mehr, sondern einen Ingenieur mit „mindestens 20 Jahren Berufserfahrung“. Und: „Jahrzehntelange eigene Arbeiten zum Thema Endlager.“

Es handelt sich bei der Stellenausschreibung um die Nachfolge für die Kanitz-Stelle. Die ist sehr gut dotiert. Von einem „Grund-Gehalt von ca. 250.000 EUR Brutto pro Jahr“ ist die Rede, außerdem von einem 13. Gehalt und Urlaubsgeld, einem Firmenwagen, einem großen Geschäftsführer-Büro mit Vorzimmer.

Kanitz hat auch bei der BGE schon sehr gut verdient. Es waren knapp unter 300.000 Euro. Studt bekam 2021 und 2022 knapp über 300.000 Euro. Das geht aus einem Schreiben des Bundesumweltministeriums her-

vor, das unserer Zeitung vorliegt. Bei RWE dürfte sich Kanitz aber sicher nicht verschlechtern.

Im selben Schreiben des Bundesumweltministeriums heißt es mit Blick auf die Studt-Stelle, dass „zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Frau als Geschäftsführerin zu bestellen“ sei. Und, über Studt selbst: „Eine Verlängerung des Geschäftsführervertrages des Vorsitzenden der Geschäftsführung ist daher aus rechtlichen Gründen nicht möglich.“ Der Grund: Laut Gesellschaftervertrag muss es nach dem Ausscheiden der vierten Geschäftsführerin Beate Kallenbach wieder eine Frau im Team geben. Kallenbachs Stelle wurde nicht wiederbesetzt und soll es auch nicht werden.

Sie wechselte zur Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (kurz JEN). Wie zu hören war, ist sie jetzt eine mögliche Kandidatin für die Studt-Stelle. Kallenbach kennt die BGE, das würde zumindest für eine gewisse Konstanz in der BGE-Chefetage sorgen.

Der Wolfenbüttler Abgeordnete Perli lässt kaum ein gutes Haar an den BGE-Chefs. Er sagte: „Die bisherige Bilanz der BGE ist desaströs – trotz der vielen Geschäftsführer.“ Perli sagte: „Bei Asse II hat sich die Begleitgruppe aus Protest aufgelöst. Für eine erste grobe Skizze zum Rückholungsplan hat sie über ein Jahrzehnt gebraucht. Trotz Kritik von Fachleuten verweigert die BGE einen Standortvergleich für ein sicheres Zwischenlager. Bei Schacht Konrad versucht sie mit erheblichen Schwierigkeiten passend zu machen, was nicht passt. Über 60 Planungsänderungen, erhebliche Verzögerungen und explodierende Kosten belegen, dass Konrad nicht als Endlager geeignet ist.“

Heinen-Esser wurde übrigens nach ihrer Zeit bei der BGE nicht besonders glücklich. Die CDU-Politikerin wurde Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen. Sie wurde durch ihre „Mallorca-Affäre“ um einen Urlaubsaufenthalt während der Flutkatastrophe im Ahrtal bekannt, in deren Zuge sie zurücktrat.